

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Valerie Wilms, Dr. Anton Hofreiter, Bettina Herlitzius, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 17/10844 –**

### **Neustart für ein europäisches Zugsicherungssystem**

#### **A. Problem**

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auffordern soll, sich dafür einzusetzen, dass die Einführung des Europäischen Eisenbahnverkehrsleitsystems (ERTMS) im Jahr 2015 verschoben wird; dass zunächst Regeln für einen verbindlichen und europaweit einheitlichen Standard für das ERTMS festgelegt werden; dass die Weiterentwicklung des ERTMS europäischen Vorgaben unterliegt und dabei auch europaweit einheitliche Standards und Normen für die Signaltechnik und Zugsicherung festgelegt werden; dass die Europäische Eisenbahnagentur (ERA) die alleinige Kompetenz als zulassende und kontrollierende Institution für das ERTMS erhält und mit der Ausschreibung für ein einheitliches ERTMS beauftragt wird; dass allein die ERA mit der Zulassung und Kontrolle von Erweiterungen und Änderungen am ERTMS beauftragt wird und dass diese gegenüber den nationalen Behörden beim Nachweis der Sicherheit und der Erfüllung der Sicherheits- und Interoperabilitätsanforderungen gestärkt wird. Weiterhin soll die Bundesregierung aufgefordert werden, nicht auf das Specific Transmission Module (STM) als Alternative zum ERTMS zu setzen; die bislang ungelösten Probleme zur Bereitstellung ausreichender Funkkapazitäten sowie zur Datensicherheit des GSM-R zum Bestandteil der Überarbeitung der Kommissionsentscheidung zu machen; sich für eine Novellierung der Richtlinie 2008/57/EG einzusetzen und dabei die einheitliche Zulassung des ERTMS sowie die erweiterten Kontrollbefugnisse der ERA aufzunehmen; sich für die Einrichtung einer grenzüberschreitenden ERTMS-Teststrecke für die europäische Bahnindustrie, Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) sowie Eisenbahninfrastrukturunternehmen (EIU) zur Weiterentwicklung und Abnahme der Züge und der streckenseitigen Ausrüstung einzusetzen sowie die Potenziale des ERTMS hinsichtlich Kapazitätssteigerungen, Energieeinsparungen und Lärminderung zu nutzen und bei weiteren Entscheidungen über die Ausrüstung der Infrastruktur mit dem ERTMS zu berücksichtigen.

**B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.**

**C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 17/10844 abzulehnen.

Berlin, den 20. Juni 2013

### **Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung**

**Dr. Anton Hofreiter**  
Vorsitzender

**Ulrich Lange**  
Berichtersteller

## Bericht des Abgeordneten Ulrich Lange

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/10844** in seiner 219. Sitzung am 31. Januar 2013 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, sich dafür einzusetzen, dass die Einführung des ERTMS im Jahr 2015 verschoben wird; dass zunächst Regeln für einen verbindlichen und europaweit einheitlichen Standard für das ERTMS festgelegt werden; dass die Weiterentwicklung des ERTMS europäischen Vorgaben unterliegt und dabei auch europaweit einheitliche Standards und Normen für die Signaltechnik und Zugsicherung festgelegt werden; dass die Europäische Eisenbahnagentur (ERA) die alleinige Kompetenz als zulassende und kontrollierende Institution für das ERTMS erhält und mit der Ausschreibung für ein einheitliches ERTMS beauftragt wird; dass allein die ERA mit der Zulassung und Kontrolle von Erweiterungen und Änderungen am ERTMS beauftragt wird und dass diese gegenüber den nationalen Behörden beim Nachweis der Sicherheit und der Erfüllung der Sicherheits- und Interoperabilitätsanforderungen gestärkt wird. Weiterhin soll die Bundesregierung aufgefordert werden, nicht auf das Specific Transmission Module (STM) als Alternative zum ERTMS zu setzen; die bislang ungelösten Probleme zur Bereitstellung ausreichender Funkkapazitäten sowie zur Datensicherheit des GSM-R zum Bestandteil der Überarbeitung der Kommissionsentscheidung zu machen; sich für eine Novellierung der Richtlinie 2008/57/EG einzusetzen und dabei die einheitliche Zulassung des ERTMS sowie die erweiterten Kontrollbefugnisse der ERA aufzunehmen; sich für die Einrichtung einer grenzüberschreitenden ERTMS-Teststrecke für die europäische Bahnindustrie, Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) sowie Eisenbahninfrastrukturunternehmen (EIU) zur Weiterentwicklung und Abnahme der Züge und der streckenseitigen Ausrüstung einzusetzen sowie die Potenziale des ERTMS hinsichtlich Kapazitätssteigerungen, Energieeinsparungen und Lärminderung zu nutzen und bei weiteren Entscheidungen über die Ausrüstung der Infrastruktur mit dem ERTMS zu berücksichtigen.

### III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat den Antrag auf Drucksache 17/10844 in seiner 84. Sitzung am 13. März 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Ablehnung.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat den Antrag auf Drucksache 17/10844 in seiner 96. Sitzung am 13. März 2013 gemeinsam mit einem Bericht der Bundesregierung zum Sachstand beim Europäischen Zugsicherungssystem beraten (ein schriftlicher Bericht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zu ETCS/ERTMS wurde als Ausschussdrucksache 17(15)513 verteilt).

Die **Fraktion der CDU/CSU** wies die in dem Antrag erho-benen Forderungen zurück. Der Bericht der Bundesregierung auf Ausschussdrucksache 17(15)513 mache deutlich, dass STM ohnehin nicht als dauerhafte Alternative zu ERTMS ins Auge gefasst werde. Die ERA habe bereits heute Vorschlagsrechte bei den technischen Spezifikationen; die Zuständigkeit für die nationale Umsetzung müsse jedoch bei den Behörden der Mitgliedstaaten verbleiben. Sie betonte, der deutsche Abschnitt des Korridors Rotterdam–Genua müsse schnellstmöglich mit ERTMS-Technik ausgerüstet werden.

Die **Fraktion der SPD** hob die Bedeutung einer Vereinheitlichung der Zugsicherungssysteme für den grenzüberschreitenden Schienenverkehr in Europa hervor. ETCS sei bereits im Jahr 2006 auf der Strecke Berlin–Leipzig in der Praxis getestet worden und habe die hohen Erwartungen erfüllt. Eine wichtige Rolle bei der Umrüstung spielten die damit einhergehenden Kosten. Diese Frage werde sowohl im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als auch im Bericht der Bundesregierung vernachlässigt. Zu fragen sei, weshalb das BMVBS eine Verschiebung der Einführung von ETCS auf das Jahr 2018 erreichen wolle und ob dies finanzielle Gründe habe.

Die **Fraktion der FDP** stellte fest, die Einführung des Verkehrsleitsystems ERTMS auf einem wichtigen Teil des trans-europäischen Schienennetzes sei sinnvoll und stelle einen wichtigen Schritt hin zur Vereinheitlichung des europäischen Eisenbahnraumes dar. Eine Kompetenzverlagerung hin zur ERA lehne sie ab. Die ERA könne nicht Experten für alle Stellwerke und Betriebsprogramme in Europa beschäftigen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** führte aus, für eine Vereinheitlichung der Zugsicherungssysteme spreche die Notwendigkeit einer Beschleunigung des grenzüberschreitenden Zugverkehrs, das Erfordernis der Steigerung der Kapazität der bestehenden Schienenstrecken, und die prognostizierten Reduzierungen des Energieverbrauchs und der Lärmbelastung. Die Forderung des Antrags nach einem Moratorium bei der ERTMS-Einführung werde von ihr unterstützt, weil man damit der Gefahr vorbeugen könne, dass Investitionen sich wegen uneinheitlicher Standards später als nutzlos erwiesen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellte fest, das System ERTMS sei im Grundsatz sinnvoll, doch leide seine Einführung an zu großer Uneinheitlichkeit mit zahlreichen

lokalen Besonderheiten. Es sei nicht sinnvoll, auf diese Probleme nun mit teuren Investitionen in STM zu reagieren. Vielmehr sei ein Moratorium und ein Neustart für die ERTMS-Einführung erforderlich. Zulassungen müssten zukünftig von der ERA erteilt werden, um so den europaweiten grenzüberschreitenden Verkehr zu erleichtern.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/10844.

Berlin, den 20. Juni 2013

**Ulrich Lange**  
Berichtersteller





